

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dieter-Julius Cronenberg, hat es einleitend definiert: Das Symposium „Der Arzt im Jahre 2000“ – am 24. April 1990 in der Bonn-Bad Godesberger „Redoute“ aus Anlaß des 60. Geburtstages des Präsidenten der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, veranstaltet – sollte nicht der Laudatio der Person und ihres erfolgreichen Wirkens dienen, sondern vielmehr einen sachlichen Beitrag zur aktuellen Problematik der Gesundheitspolitik leisten und Perspektiven für das kommende Jahrzehnt aufzeigen.

Neben Cronenberg behandelten die Repräsentanten dreier Bundesministerien das Thema aus ihrer jeweiligen Sicht: Werner Chory, Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; Horst Seehofer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Klaus Beckmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft. Vilmar selbst rundete die gesundheits-, sozial- und wirtschaftspolitische Betrachtung ab mit einer grundlegenden Darstellung des sich in der Medizin und der ärztlichen Berufsausübung Wandelnden, aber auch des über das Jahr 2000 hinaus Unwandelbaren im Arztsein.

Die Beiträge der prominenten politischen Repräsentanten machten ebenso deutlich wie der Karsten Vilmars, welche Fülle von Faktoren von außen auf den Arztberuf einwirken, sei es die Gesetzgebung (jüngstes Beispiel: das Gentechnikgesetz), seien es ökonomische Prioritäten (à la Gesundheits-Reformgesetz), sich verändernde Bedingungen der Aus-, Weiter- und Fortbildung, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftssystems, bis hin zu den tagesaktuellen politischen Entscheidungen, vor allem zur Weichenstellung für ein freiheitlich-soziales Gesundheitssystem in der heutigen DDR, eine Frage, die für die Zukunft auch der Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland von erheblicher Bedeutung sein kann. Die gewählten Repräsentanten der Ärzteschaft wirken auf diese

Der Arzt im Jahre 2000

Kernsätze aus einem politischen Symposium

politischen Problemstellungen ihrerseits nach Kräften ein; doch wer wollte es nicht mit Dieter-Julius Cronenberg (F.D.P.) beklagen, daß die überwiegende Mehrzahl der Ärztinnen und Ärzte Abstinenz vom politischen Tagesgeschehen übt? Bedauerlicherweise wird dem nächsten Deutschen Bundestag wohl kein Arzt mehr angehören. Mit Cronenberg wäre zu wünschen, daß eine so bedeutende Berufsgruppe wie die Ärzteschaft Gesundheitspolitik, aber auch andere Bereiche der Politik, *in den Parlamenten* auf Bundes- und Länderebene selbst mitgestalten würde.

Liberaler Strukturen

Der Vizepräsident des Bundestages unterstrich die Vielfalt der Probleme, die sich in der Gesundheitspolitik aus der für das nächste Jahrzehnt zu erwartenden Entwicklung der Medizin und der Bevölkerungsstruktur stellen werden, am Beispiel der in Heft 9/1990 des Deutschen Ärzteblattes veröffentlichten Ergebnisse einer ZDF-Umfrage bei zweihundert maßgeblichen Ärzten über deren Prognosen der medizinischen Entwicklung bis zum Jahre 2000. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen werden, so Cronenberg, mehr und mehr auf das zu erwartende Leistungsgeschehen einwirken. Dennoch: „Der Arzt des Jahres 2000 soll, nein muß in liberalen Strukturen arbeiten können.“ Seine persönliche Voraussage: „Der ‚Arzt 2000‘ wird mehr noch als heute sowohl Beichtvaterersatz wie auch Computerspezialist sein müssen. Im Soziologendeutsch heißt das: Er muß medizinisch-technische und soziale Kompetenz erwerben und anwenden.“

Dem müßte auch die Ausbildung der künftigen Ärzte entsprechen. Neue Wege dazu weist die

jüngste Änderung der Approbationsordnung, welche die Anforderungen an den Unterricht, insbesondere in kleinen Gruppen, konkretisiert, wie Staatssekretär Chory erläuterte. Weitere Reformen der Ausbildung werden vorbereitet. Besondere Bedeutung für den jungen Arzt des dritten Jahrtausends wird die neue Ausbildungsziel-Definition haben, die hohe Anforderungen an die berufliche und an die menschliche Qualität des Arztes stellt. Die Freiheit der ärztlichen Berufsausübung sieht auch Chory nicht in Gefahr: Sie ist in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich, während die Ärzteschaft in der heutigen DDR noch auf die Realisierung dieser beruflichen Freiheit warte.

Wie allerdings das System der Krankenversorgung in der DDR sich entwickeln wird, ist – nach den Worten von Staatssekretär Seehofer (CSU) – relativ ungewiß. Die Umstellung in der Krankenversicherung gestaltet sich schwierig, da für die Ost-Politiker nach vierzig Jahren sozialistischer Einheitsversicherung ein gegliedertes freiheitlich-soziales Versicherungssystem „geradezu unvorstellbar“ sei. Kein Zweifel bestehe allerdings, daß unsere Sozialprinzipien auch dem künftigen gemeinsamen Sozialsystem zugrunde liegen würden. Daher sei zu hoffen, daß auch in der Krankenversorgung schrittweise Anpassung möglich sein werde. Die Bundesregierung werde nicht daran rütteln lassen, daß auch künftig das Arztbild des freiberuflich tätigen Kassenarztes gilt, unter Beibehaltung des Sicherstellungsauftrags an die in Selbstverwaltung verfaßte Kassenärzteschaft.

Staatssekretär Beckmann (F.D.P.) zeigte sich, als Beauftragter für die Freien Berufe, hoffnungsvoll, daß durch den anstehenden Staatsvertrag günstige Arbeitsbedingungen auch für die heutigen und künftigen

Ärzte in der DDR geschaffen werden. Freies Niederlassungsrecht ist im Bereich der Europäischen Gemeinschaft bereits weitgehend realisiert; das wird auch nach Vollendung des Binnenmarktes so bleiben. Wenn einerseits die wirtschaftliche Leistungskraft eines Staates das Leistungsgeschehen in der Krankenversorgung mitbestimmt, so gilt andererseits – laut Beckmann – auch für das Jahr 2000 und darüber hinaus der Grundsatz: Hochleistungsfähige Medizin ist eine Voraussetzung für hochleistungsfähige Wirtschaft!

Vernunft und Weitblick

Dr. Karsten Vilmar bekräftigte: Es mag dahingestellt bleiben, ob die heutigen und die künftigen Ärzte eher unter liberalen oder unter christlich-sozialen Grundsätzen handeln werden; eines ist sicher, sie wollen nicht unter sozialistischen Strukturen arbeiten, nicht unter Diktatur und Kommandowirtschaft.

Vilmar: Für die kommenden Ärzte wie auch für die große Zahl der heute schon und damit auch noch im Jahre 2000 und darüber hinaus berufstätigen Ärzte müssen Arbeits- und Lebensbedingungen erhalten oder geschaffen werden, die der zu erwartenden raschen Weiterentwicklung der Medizin ebenso wie den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung tragen. Dabei sind berufliche Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit zu sichern.

Die Jahre 1990 und 1991 werden für die Zukunft wegen der zahlreichen Landtagswahlen, der Bundestagswahl im Dezember 1990, aber auch wegen des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen Deutschland von ganz entscheidender Bedeutung sein. Die notwendigen politischen Entscheidungen müssen auf der Grundlage klarer Analysen mit Vernunft und Weitblick getroffen werden, um auch über das Jahr 2000 hinaus die Fundamente ärztlicher Tätigkeit zu erhalten, sie durch neue wissenschaftliche Kenntnisse zu erweitern und zu festigen und dabei bewährte ethische Grundsätze zu wahren. DÄ

Jahrestage

Es war wohl nur das „Neue Deutschland“, das dieser Tage an ein Ereignis erinnerte, das auch Ärzte interessieren müßte (manche haben daran mitgewirkt, viele andere hatten mit den Folgen zu tun): Vor 75 Jahren, im April 1915, setzte das deutsche Militärkommando bei Ypern in Belgien zum ersten Male Giftgas als Waffe ein. Nach unterschiedlichen Quellen gab es damals an einem Tage etwa 3000 Tote und 6000 bis 15 000 verletzte Franzosen und Briten (die ihrerseits schon drei Tage später auch Chlorgas freisetzen; sie waren also darauf vorbereitet . . .).

Ebenfalls in diesen Tagen ist es gerade 49 Jahre her, daß die britische Bevölkerung Instruktionen darüber erhielt, wie man sich bei Gasangriffen der deutschen Luftwaffe verhalten sollte. Das war im April 1941, als man in England den Ausbruch des totalen Luftkrieges erwartete. Man liest es heute mit einer Mischung von Schaudern und – gequältem – Lächeln angesichts der damaligen Naivität. Mit Gasmasken war ja die britische Bevölkerung, ebenso wie die deutsche, schon seit Kriegsbeginn komplett ausgerüstet (allerdings zeigten die Engländer viel mehr Disziplin: vor allem im Großraum London trugen die Leute damals ihre Gasmaske immer bei sich).

Für den Fall eines deutschen Gasangriffs (den man sich als Abwurf von Flüssiggas vorstellte) empfahl das britische Ministerium für Heimatschutz zum Beispiel: „Wenn Sie innerhalb von fünf Minuten eine Stelle erreichen können, an der Sie sich waschen können, dann gehen Sie dorthin und waschen Sie sich. Ziehen Sie vorher Ihre Schuhe und Ihre Kleider aus – Ihre Gesundheit ist wichtiger als Ihr (Scham-)Gefühl. Sind es mehr als fünf Minuten, dann fragen Sie den nächsten Luftschutzwart oder Polizisten, was Sie tun sollen . . .“.

Und schließlich: Vor genau vier Jahren geschah Tschernobyl. In der Sowjetunion kommt erst jetzt – dank Glasnost – die ganze Wahrheit ans Licht: Die radioaktive Verseuchung

war viel größer, viel mehr Menschen sind betroffen, als zuerst eingestanden wurde.

Früher gab es manchmal „Verhaltensmaßregeln“ über Fallout nach einem Atombombenabwurf. Und dann kam aus bestimmten Kreisen immer großes Gelächter über den Ratschlag, man solle sich, wenn man sich zufällig gerade im Freien aufhielte, vorsichtshalber eine Aktentasche über den Kopf halten. Dabei: So unsinnig war dieser Vorschlag nicht, wie jeder Fachmann zugeben wird.

Das war aber nicht einmal etwas Neues: 1941 empfahl die britische Regierung ihren Bürgern als Schutz gegen Gasangriffe: „Blicken Sie nicht nach oben – Sie könnten Tropfen von Flüssiggas in die Augen kriegen. Bedecken Sie Ihre Haut – stecken Sie die Hände in die Taschen, schlagen Sie den Kragen hoch. Falls Sie einen Regenschirm bei sich haben sollten, spannen Sie ihn auf.“ (Wobei sich natürlich jedermann daran erinnerte, daß der glücklose Vorkriegs-Appaseement-Premierminister Chamberlain immer einen Regenschirm bei sich zu haben pflegte.)

Mit alledem hat mindestens eine Generation von Europäern gelebt. Die nächste Generation wird sich darüber hoffentlich nur noch amüsieren! gb

Medizinblüten

In der Presse aufgepickt:

„Sein Gesicht ist narbig und hat auffallende Hängeschultern.“

„Der Verletzte ringt mit dem Leben.“

„Nach Auskunft des Arztes war die Operation bösartig.“

„Noch in diesem Jahr führt die AOK eine Infektion durch.“

„Die Frau erlitt einen Nervenzusammenbruch und kam in laut gestikulierender Weise bewußtlos ins Krankenhaus.“

„Sein Gesicht wurde hörbar länger.“

„Er schnitt fröhliche Grimassen, als hätte er nicht zwei Tage zuvor einen Selbstmord unternommen.“ ▷